

# Die Krippe ebnet den Weg ins Gymnasium

Wer als Kleinkind eine Krippe besucht hat, schafft den Sprung ins Gymnasium eher – zeigt eine deutsche Studie. Sie forciert die hiesige Debatte über Funktion und Qualität der Krippen.

Von Gaby Szöllösy

In konservativen Kreisen gelten sie immer noch als Rabenmütter – jene Frauen, die morgens ihren Spross in der Krippe abgeben, um arbeiten zu können. Einer deutschen Studie zufolge tun sie jedoch ihren Kindern damit durchaus einen Gefallen: Sie erhöhen deren Chancen auf eine höhere Schulbildung.

Das Berner Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien Bass hat im Auftrag der deutschen Bertelsmann-Stiftung untersucht, welchen Einfluss der Krippenbesuch auf die spätere Schulkarriere hat. Evaluieren wurden in Deutschland Kinder der Jahrgänge 1990 bis 1995. 16 Prozent dieser Kinder besuchten während einer gewissen Zeit eine Krippe. Die Studienleiter prüften, wie viele der Krippenkinder den Sprung ins Gymnasium schafften. Ausschlaggebend dafür, so zeigt die Untersuchung, sind vor allem zwei Faktoren:

■ Der Bildungsgrad der Eltern: Kinder aus bildungsfernen Familien sind sehr viel seltener an Gymnasien anzutreffen als solche, bei denen mindestens ein Elternteil bereits das Abitur (die Matura) erreicht hatte (siehe Grafik).

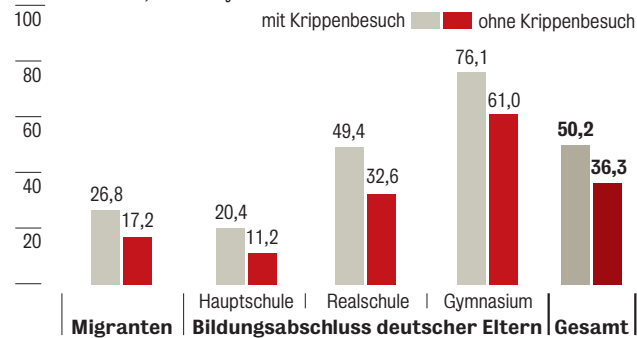
■ Die ausserfamiliäre Betreuung im frühen Kindesalter: Von den Krippenkindern ging später die Hälfte ans Gymnasium. Von den andern Kindern schaffte es nur gut ein Drittel. Bemerkenswert ist dabei, dass die Krippe die Bildungschancen aller Kinder verbessert – bei solchen, die aus bildungsfernen Elternhaus oder aus Migrantenfamilien stammen, steigt die Gymnasiumsquote deutlicher an, wenn auch auf tieferem Niveau.

## Studien für die Schweiz gefordert

Die Resultate sind nicht eins zu eins übertragbar auf die Schweiz. Denn die Schulsysteme sind unterschiedlich und die Gymnasialquote liegt in Deutschland generell höher als bei uns. Gleichwohl dürften laut Studienleiter Tobias Fritsch die Hauptaussagen auch hier Gültigkeit haben. «Vor allem Kindern aus Migrantenfamilien tut es gut, schon früh auch ausserfamiliär betreut zu werden», bilanziert er.

## Mit Krippenbesuch erhöhen sich die Chancen auf das Gymnasium

Studie mit deutschen Kindern der Geburtsjahrgänge 1990 bis 1995  
Anteil der Kinder, die das Gymnasium besuchen in %



TA-Grafik san/Quelle: SOEP, Berechnungen ETH Zürich, BASS



BILD ESTHER MICHEL

Bildung beginnt nicht erst in der Schule, und wer schon früh eine Krippe besucht, ist im Vorteil.

Bei Fachkräften erntet die Studie denn auch Beifall. Er sei erstaunt über die Deutlichkeit des Befunds, sagt Beat W. Zemp, Präsident des Lehrerdachverbands LCH. Für ihn ist damit belegt, «dass die OECD Recht hat, wenn sie rügt, die Schweiz würde zu wenig Geld in die vorschulische Förderung investieren». Die Pisa-Untersuchungen über die schulischen Leistungen hätten gezeigt, dass vor allem Migrantenkinder schlecht abschneiden – «hier liegt viel Potenzial in der frühkindlichen Förderung – wie sie zumeist in Krippen in Spielgruppen stattfindet.» Zemp wünscht sich ähnliche Studien für die Schweiz.

Dasselbe fordert auch Renie Maag, Vizepräsidentin des Verbands der Kindertagesstätten. «In der Schweiz geht man immer noch vom irigen Konzept aus, die Bildung beginne mit der Schule», sagt sie. «Es ist höchste Zeit umzudenken.»

Dabei geht es den beiden vor allem darum, die Krippen anders zu positionieren: Sie sollen nicht mehr als Aufbewahrungszentren fungieren, sondern als frühkindliche Bildungsinstitutionen. Doch dies verändert zwangsläufig die Debatte über die qualitativen Ansprüche: Wenn der Bildungsaspekt in den Vordergrund rückt, so wird man mehr über die Schulung des Personals und über pädagogische Konzepte sprechen als über Platzverhältnisse und sanitäre Anlagen.

«Das ist ganz in unserem Sinn», sagt FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher,

die baulichen Vorschriften für Krippen seien ohnehin zu starr. Auch die Bildungspolitikerinnen Jacqueline Fehr (SP) und Kathy Riklin (CVP) sind froh über die Studie, welche die Qualitätsdiskussion in eine andere Richtung lenkt.

Bei dieser Entwicklung hinke die Schweiz andern Ländern arg hinterher, urteilt Heidi Simoni, die Leiterin des renommierten Marie-Meierhofer-Instituts für das Kind. Thomas Jaun, Präsident des Netzwerks Kinderbetreuung, pflichtet ihr bei: «Wir haben bisher erreicht, die Krippen gesellschaftlich zu verankern und die Anzahl Plätze etwas zu erhöhen. Jetzt müssen wir den Fokus ändern: die Chancen fürs Kind in den Mittelpunkt stellen.»

Frühkindliche Förderung bedeute allerdings nicht, den Knirpsen Wissen zu vermitteln, sagt Jaun in Übereinstimmung mit den andern Fachkräften. «Sondern es geht darum, sie in ihrer spielerischen Auseinandersetzung mit der Welt, mit deren physikalischen und sozialen Gesetzen zu unterstützen.»

## Ausbildung des Personals anpassen

Thomas Jaun, der eine Fachschule leitet, ist eben daran, ein solches Projekt aufzulegen: Zehn Kindertagesstätten sollen sich zu Bildungsinstitutionen wandeln. Einerseits geht es darum, die Krippenräume so zu gestalten, dass sie das Material und die Atmosphäre für derlei physikalische Experimente bieten. Andererseits sollen die Betreuerinnen die Kinder beobachten, deren Entwicklungsschritte dokumentieren und sie so besser fördern können. Doch dies braucht Zeit – Zeit, während der die Angestellten nicht Windeln wechseln oder kochen können.

Nebst zusätzlicher Zeitbudgets verlange der Wandel auch nach neuen Schwerpunkten in der Ausbildung der Leiterinnen, sagt

Heidi Simoni vom Marie-Meierhofer-Institut. Zudem müssten konzise pädagogische Konzepte für die Krippen entwickelt werden. Diese Professionalisierung wird die Krippenkosten aber kaum verringern, sondern tendenziell eher erhöhen.

## Zarte Anfänge

In einigen Kantonen und in grösseren Städten ist die frühkindliche Förderung bereits ein Thema: So hat der Basler Regierungsrat Christoph Eymann jüngst obligatorische Deutschkurse für dreijährige Migrantenkinder angekündigt. Die Stadt Bern hat letztes Jahr ein umfassendes Programm konzipiert, das neben Krippen und Spielgruppen auch Hausbesuche bei Kindern aus benachteiligten Familien vorsieht. Die Zürcher Bildungsdirektion schliesslich lancierte in vier Gemeinden ein Pilotprojekt mit Spielgruppen zum Deutschlernen. Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) sagt, wichtig im Sinne der Chancengleichheit sei insbesondere, bildungsferne Familien für die Förderung zu gewinnen. Sie wünscht sich mehr solche Projekte und erwägt, die Gemeinden zu einem bedarfsgerechten Angebot zu verpflichten. Den Regierungsrat hat sie bereits von der Notwendigkeit der Frühförderung überzeugt: Er nahm das Anliegen in die Legislaturziele auf.

Die Beispiele zeigen: Zarte Anfänge sind gemacht – zum Teil unter dem Protest konservativer Kräfte, namentlich der SVP. Mitte-links-Politikerinnen hoffen indes, dass die Studie zusätzlichen Schwung in die Diskussion bringt und die breite Öffentlichkeit fürs Thema sensibilisiert. Denn, so ist SP-Vizepräsidentin Jacqueline Fehr überzeugt: «Wenn man die Gelegenheit aus Sicht des Kindes betrachtet, so sind eben die ersten fünf Lebensjahre nicht einfach Privatsache.»

## Basler Polizeieinsatz unverhältnismässig

Basel. – Der Polizeieinsatz an der Anti-WEF-Kundgebung vom vergangenen 26. Januar in Basel ist laut einer Untersuchung phasenweise rigoros und unverhältnismässig gewesen. Kantonsregierung und Polizei entschuldigten sich am Donnerstag und verwiesen auf Sofortmassnahmen. Bei der Aktion waren 66 Personen vorübergehend festgenommen worden.

Die polizeilichen Kontrollen hätten auf weniger einschneidende Art und Weise durchgeführt werden können, sagte Regierungsrat Hanspeter Gass (FDP). «Es sind Fehler geschehen. Ich entschuldige mich bei den Betroffenen in aller Form», sagte der Vorsteher des Sicherheitsdepartements. Auch Polizeikommandant Roberto Zalunardo entschuldigte sich. In einer administrativen Untersuchung kam der ehemalige Strafgerichtspräsident Christoph Meier zum Schluss, dass der Polizeieinsatz mit Ausnahmen rechtens war.

## Ausziehen nicht gerechtfertigt

Eine frühzeitige Triage hätte laut Meier verhindern können, dass Unbeteiligte wie die zwölf tschechischen Studierenden vorübergehend festgenommen wurden. Nicht gerechtfertigt gewesen seien Kleiderdurchsuchungen mit totem Ausziehen bei Jugendlichen ohne Vorstrafen, Fesselungen und die lange Unterbringung in der Sammelstelle. Bei der Analyse der acht Beschwerden stellte Meier aber fest, dass sich die Polizei mit Ausnahme der Kleiderdurchsuchungen korrekt verhalten habe. Zu Übergriffen sei es nicht gekommen. Künftig soll eine Arbeitsgruppe auf ein schnelleres Verfahren bei den Kontrollen und der Datenerhebung hinarbeiten.

Der Regierungsrat bedauere, dass Personen nicht korrekt behandelt worden seien, heisst es in einer gleichentags veröffentlichten Antwort zu einer Interpellation. Leider sei die Benachrichtigung der Eltern Minderjähriger unterblieben. Das Sicherheitsdepartement werde die notwendigen Lehren daraus ziehen. (AP)

## Serbischer Minister in Schweizer Klinik

Zagreb. – Der bei einem Verkehrsunfall schwer verletzte serbische Innenminister Dragan Jovic wird seit Donnerstag in einer Rehabilitationsklinik in der Schweiz behandelt. Jovic ist einer der engsten Mitarbeiter von Regierungschef Vojislav Kostunica. Die Kosten für den Klinikaufenthalt werde die Demokratische Partei Serbiens (DSS) tragen, heisst es in einer Mitteilung des serbischen Gesundheitsministeriums. Nähere Angaben über das Rehazentrum wurden nicht gemacht.

Jovic hatte Ende Januar schwere Rückenverletzungen erlitten, als sein Dienstwagen einen Hund überfahren und sich danach mehrfach überschlagen hatte. Der Unfall ereignete sich etwa 70 Kilometer südöstlich von Belgrad. Seither wurde der Politiker in Belgrad von serbischen und russischen Ärzten behandelt.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Serbien haben sich verschlechtert, nachdem der Bundesrat am vergangenen Mittwoch die Unabhängigkeit Kosovos anerkannte. Aus Protest hat das serbische Aussenministerium den Botschafter in der Schweiz zu Konsultationen nach Belgrad zurückgerufen. (enr)

## SCHLAGSEITE

# Die Streunbomben

Von Frank Baumann

Fredi Muggli hat jetzt zugegeben, dass er Kampfhunde, insbesondere solche, die rauchen, sehr unangenehm findet. Immer wieder komme es nämlich vor, dass er, Fredi, der Nichtraucher, nicht nur im Freien, sondern eben auch in Restaurants von paffenden Wotans, Siegfrieds oder Rommels eingeeignet werde. Das kenne ich auch. Vor Jahren musste ich mal mit einem rauchenden Schimpansen drehen. Johnneli hiess er und «gehörte» einem backenbärtigen Zoodirektor. Zwischen den Aufnahmen rauchten die beiden gemeinsam Stümpfen. Und zwar wie die Bürstenbinder. Und husteten sich fast die Lunge aus dem Ranzen. Das ist bestimmt 20 Jahre her,

und ich weiss jetzt auch gar nicht, ob der Affe noch lebt. Und der Schimpansen hat inzwischen wohl auch ins Gras gebissen. Aber eben, damals durfte man ja noch überall wie gepickt schloten. Tempi passati, da nun auch der Ständerat das «Gesetz zum Schutze vor Passivrauchen» gutgeheissen hat.

Als nächstes grosses Projekt steht heute Freitag die Rettung des Cervelat auf dem Ratsplan. Ob ich es nicht auch wunderbar finde, dass den Politikern die Wurst nicht wurst sei, wollte Frieda Muggli wissen, grad jetzt, wo wir vor der grössten Fleischkrise seit Gründung der Eidgenossenschaft stünden. Ehrlich gesagt, wisse sie nämlich noch gar nicht, wie sie an Ostern das traditionelle Rindsfilet im Brotteig auf den Tisch zaubern wolle, wo doch gerade dieses Luxusstück (vor allem jenes aus Brasilien) vom Schweizer Importregime gemobbt werde.



Ihm sei das Hundewurst, knurrte Muggli. An Ostern gebe es ein Filet, gehauen oder gestochen! Und wenn alle Stricke reissen würden, müsse man zur Not halt auf einen Kampfhund zurückgreifen. Nun muss ich gestehen, dass mir der Gedanke, unseren Hund auf den Grill zu knallen, auch schon kam, ich ihn aber im-

mer wieder runterwürgen konnte (den Gedanken), weil es ja der Hund unserer Kinder ist, ein so genannter Mirgöndännenschomitemgospazieredumueschdichumnütkümmere, der – nota bene gegen meinen ausdrücklichen Willen – ins Haus kam, weil er ja weder Motorrad- noch Skifahren, geschweige denn Golf spielen kann. Bestimmt wäre die Grillade eines Fleischwolfs auch extrem strafbar, weil der Kampfhund ja auf kantonsrätlichen Beschluss hin gewissermassen unter Naturschutz gestellt ist. Okay, zu einem Verbot mochten sich die mutigen Würste nicht durchringen, immerhin verordnete der Rat aber, dass die zauberhaften Modelle «American Pitbull», «Staffordshire Terrier», «Bullterrier» und «Staffordshire Bullterrier» nur noch mit Bewilligung zu halten seien. Weshalb

man für den Rottweiler, den Dobermann oder den Deutschen Schäfer keine Bewilligung braucht, bleibt mir ein Rätsel, aber Muggli meinte, dass er – also wenn er die Wahl hätte – schon lieber von einem «Staffordshire Terrier» gebissen werden möchte, als von einem Deutschen Schäfer, da die Deutschen ja bekanntlich keinerlei Spass verstünden, wohingegen die Briten für ihren beissenden Humor berühmt seien. Eine pauschale Ächtung der Streunbomben finde er übrigens allein schon deshalb ungeschickt, weil man ja nie wisse, ob man nicht eines Tages selber eine zum Einsatz bringen möchte. Zur Selbstverteidigung, für einen spontanen Angriff auf die Schwiegermutter oder eben für auf den Grill. An Stelle eines Osterhasen oder der Schwiegermutter.

## Rubrikensrate

Autos/Nutzfahrzeuge	16
Bildung/Kurse	54
Boote	–
Büro/Multimedia	14
Erotik	34
Ferien/Reisen	60
Finanzen/Geschäfte	34
Immobilien Miete	28
Büro-/Gewerberäume Miete	29
Immobilien Kauf	38
Büro-/Gewerberäume Kauf	46
Kultur/Veranstaltungen	55
Kunst/Antikes	–
Marktplatz	22
Mitteilungen	20
Rendez-vous	58
Todesanzeigen	20
www-Adressen	–
Zweiräder	18
Impressum	23

Inseratannahme:  
Tel. 044 248 41 41, von 7.30 bis 18.00 Uhr  
Fax 044 248 41 91  
E-Mail: inserat@tages-anzeiger.ch  
adbox.ch